

ZEITGESCHICHTE

KUBA-KRISE

Wie Tojo fühlte

Es sieht wirklich schlimm aus, nicht wahr?“ Bleich blickte John Kennedy seinen Bruder Robert an. „Wenn sie diesmal in unserem Teil der Welt damit durchkommen — was werden sie das nächste Mal tun?“

Es sah schlimm aus für die Vereinigten Staaten: An Amerikas Südflanke, auf Fidel Castros Zuckerinsel Kuba, hatten „sie“ — die Sowjets — sich eingenistet und Raketen-Abschußrampen errichtet. Amerikas Sicherheit war bedroht.

Am 16. Oktober 1962 hatte ein amerikanisches Aufklärungsflugzeug vom Typ U-2 die Raketenbasen entdeckt. Sechs Tage später, am 22. Oktober, informierte Präsident John F. Kennedy sein Land und die Welt über die U-2-Entdeckung. Zugleich verhängte er eine See-Blockade über Kuba und forderte Krenl-Chef Chruschtschow ultimativ auf, Raketenrampen und Raketen von Kuba zu entfernen. Andernfalls werde Amerika eingreifen.

Die Welt stand an der Schwelle eines dritten, atomaren Weltkrieges; Robert („Bob“) Kennedy, damals Justizminister der USA, suchte seinen Bruder zu trösten: „Ich glaube einfach nicht, daß es irgendeine andere Wahl gab. Und nicht nur das — wenn du nicht gehandelt hättest —, sie hätten dir hier ein „Impeachment“-Verfahren angehängt!“

„Ich glaube das auch“, stimmte John Kennedy zu*.

Der Dialog der Kennedy-Brüder ist Teil eines Artikels, den Robert Kennedy schrieb. Er sollte ursprünglich 1967 — zum fünften Jahrestag der Kuba-Krise — im „New York Times Magazine“ erscheinen, doch er wurde erst zum sechsten Jahrestag, viereinhalb Monate nach dem Tod des Autors, veröffentlicht: von dem amerikanischen Frauenmagazin „McCall's“, das den Erben für die 21 000 Kennedy-



Justizminister Kennedy, Bruder John
Ein Befehl des Präsidenten...

Wörter eine Million Dollar bezahlt hatte — 190 Mark für jedes Wort.

Robert Kennedys Kuba-Bericht enthält keine grundlegenden neuen Tatsachen, aber doch viele bisher unbekannt Details der Kuba-Krise. Denn niemand stand John F. Kennedy näher als sein jüngerer Bruder — und niemand konnte deshalb ein intimeres und aufschlußreicherer Bild des Präsidenten in den Stunden einer politischen Entscheidung zeichnen, von der das Schicksal der Welt abhängt.

Kennedys Berater drängten damals zu raschem Handeln. Die Militärs forderten einen Überraschungsangriff der Air Force auf Kuba. Die Sowjet-Union, so versicherte Luftwaffen-Stabschef Curtis LeMay — heute Vizepräsidentchaftskandidat von George Wallace —, würde keinen Gegenschlag riskieren.

Einer der Stabchefs wollte sogar Atomwaffen einsetzen — was Robert Kennedy an „die vielen Gelegenheiten“ erinnerte, „bei denen Militärs Positionen beziehen, die wenigstens den Vorteil haben, daß es niemand mehr erleben würde, wenn sie sich als falsch erweisen sollten“.

Seinem zur Attacke gedrückten Bruder schob er einen Zettel zu: „Jetzt weiß ich, wie (Japans Weltkrieg-II-Premier) Tojo sich fühlte, als er (den Überfall auf) Pearl Harbor plante.“

Verteidigungsminister Robert McNamara — der Mann, den John F. Kennedy für seinen „wertvollsten Mitarbeiter“ hielt — wußte anderen Rat als seine Militärs. McNamaras Empfehlung: eine Seeblockade Kubas. Diesen Vorschlag befürworteten auch Außenminister Dean Rusk — und der Präsidenten-Bruder.

Fünf Tage lang debattierten der Präsident und seine Berater — nervös, verbittert, oft in offenem Streit. Dann, so Chronist Kennedy, besiegten moralische Bedenken die Befürworter rascher, brutaler Gewalt. John F. Kennedy ordnete die Kuba-Blockade an — und ließ zugleich alles vorbereiten, falls Air Force und Army doch noch eingreifen mußten.

McNamara stellte in einem Geheimbericht zusammen, was diese Bereitschaft bedeutete: Bereitstellung von 250 000 Soldaten; geschätzte Verluste der Lande-Operation auf Kuba: 25 000 Mann.

Am 22. Oktober hatte der Präsident die Kuba-Blockade verkündet, am übernächsten Morgen sollte sie beginnen. Kurz nach zehn Uhr kam die erste Meldung — und sie war beunruhigend: In Begleitung eines U-Boots steuerten zwei Sowjet-Frachter die 500-Meilen-Sperrzone um Kuba an. Falls sie ihren Kurs noch eine Stunde lang fortsetzten, mußten US-Schiffe die Blockadebrecher stellen.

Der US-Flugzeugträger „Essex“ sollte das U-Boot stoppen — notfalls, so erläuterte McNamara, würden kleine Wasserbomben den Gegner an die Oberfläche zwingen. Der Konflikt mit der Sowjet-Union schien Wirklichkeit zu werden.

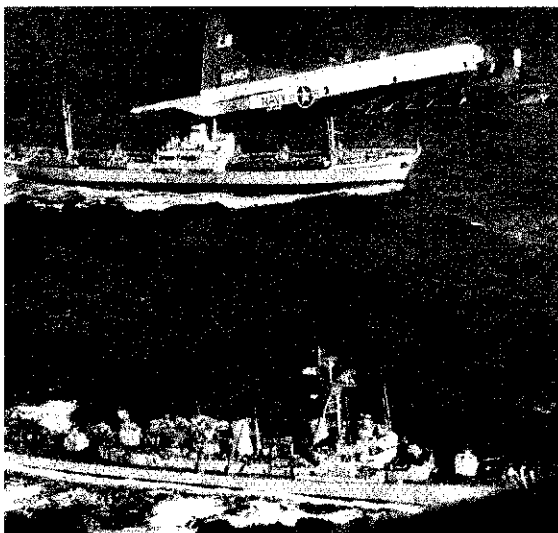
„Was sollen wir machen“, hatte John F. Kennedy bei der Diskussion über die Blockade gefragt, „wenn wir alle diese Anstrengungen unternehmen — und hinterher herausfinden, daß die Schiffe lediglich Babynahrung geladen haben?“ Der Präsident hatte gerade Barbara Tuchmans Bestseller „The Guns of August“ (Die Kanonen des August) gelesen, eine Schilderung der Fehleinschätzungen, die zum Ersten Weltkrieg führten. Er fürchtete: „Eine Fehlkalkulation, ein falsches Urteil — das ist die große Gefahr!“

„Er wollte nicht, daß später irgend jemand in der Lage sein könnte“, berichtete Robert Kennedy, „ein Buch zu schreiben mit dem Titel ‚Die Raketen des Oktober‘.“

„Ich werde“, sagte der Präsident, „die Russen nicht einen Zoll weiter zurückdrücken, als unbedingt nötig ist.“

Aber es schien, als seien die Russen zur Machtprobe entschlossen. Die Arbeiten an den Raketenbasen gingen in hektischem Tempo weiter, die Schiff-

* Eine „Impeachment“-Bestimmung in Artikel I der US-Verfassung ermöglicht es dem US-Senat, einem vom Repräsentantenhaus wegen Verrats, Bestechung oder schlechter Amtsführung angeklagten (oder geisteskranken) Präsidenten das Amt abzuspreehen.



... wurde nicht befolgt: Sowjet-Frachter, US-Bewacher, Raketenbasen auf Kuba

fe und das U-Boot dampften unbeirrt auf den Blockadering zu.

Beinahe verzweifelt fragte der amerikanische Präsident, ob denn ausgerechnet ein U-Boot als erstes Sowjetschiff gestoppt werden müsse: „Alles andere, aber nicht das!“

Aber McNamara wußte keinen Ausweg. Darauf John Kennedy: „Wir müssen damit rechnen, daß sie Berlin abriegeln — trifft die letzten Vorsorgen für diesen Fall.“

Doch der Fall Berlin trat nicht ein — die sowjetischen Schiffe drehten bei. „Einen Augenblick lang“, schrieb Robert Kennedy, „hatte die Welt stillgestanden — jetzt drehte sie sich wieder.“

John F. Kennedy suchte weiter nach Wegen aus der Krise; Botschaften und Antworten gingen zwischen Washington und Moskau hin und her. Aber die Sowjets unterbrachen die Arbeit



Kuba-Herr Castro, Verbündeter „Knoten des Krieges geknüpft“

an den Raketenbasen auf Kuba nicht, die Militärs forderten deshalb immer nachdrücklicher eine US-Invasion.

Doch plötzlich schien eine Lösung greifbar nahe. Am 26. Oktober, vier Tage nach der Verkündung der Blockade, schrieb Chruschtschow an Kennedy: „Ich habe zwei Kriege miterlebt und weiß, daß ein Krieg dann endet, wenn er über Städte und Dörfer hinweggegangen ist und überall Tod und Zerstörung gesät hat... Nur Wahnsinnige oder Selbstmörder... wollen die Welt zugrunde richten und vernichten, bevor sie sterben... Herr Präsident, wir und Sie sollten nicht an den Enden des Strickes ziehen, in den Sie den Knoten des Krieges geknüpft haben... Lassen Sie uns diesen Knoten lösen, wir sind dazu bereit!“

Chruschtschows Brief und ein Geheimvorschlag — den die Sowjet-Botschaft den Amerikanern zugespielt hatte — schienen ein annehmbares Tauschgeschäft anzubieten: Amerika sollte die Blockade abbrechen und auf

asymmet der We

An diesem Reifen stimmt alles
Stollen, Feinprofil. Er ist für
von Veith-Pirelli gebaut dem Hers



jede Invasion Kubas verzichten. Die Sowjets würden dann ihre Raketen aus Kuba entfernen.

24 Stunden später war alles wieder in Frage gestellt: Nun forderte Chruschtschow als Gegenleistung für ein Einlenken in Kuba kategorisch den Abzug der US-Raketen aus der Türkei. Der Präsident hatte den Abbau der Raketen bereits Monate vor der Kuba-Krise angeordnet, da sie ohnehin veraltet waren und Kennedy sie als unnötige Provokation betrachtete. Nun mußte er zornig feststellen, daß seine Anordnung nicht ausgeführt worden war — und die Raketen jetzt unter sowjetischer Drohung zu entfernen, empfand er als unzumutbar.

Schlimmer noch: Der US-Geheimdienst meldete dem Präsidenten, Sowjet-Diplomaten in den USA bereiteten die Vernichtung geheimer Dokumente vor — ein deutliches Kriegszeichen. „Wir alle hatten das Gefühl“, schrieb Robert Kennedy, „als werde die Schlinge immer enger — um uns alle, um die Amerikaner, um die ganze Menschheit...“

Wieder drängten die Stabschefs: Ein rascher Luftangriff und die Invasion Kubas seien „das einzige, das die Sowjet-Union verstehen würde“. Doch der Präsident entschloß sich, dem Rat seines Bruders zu folgen und nur den ersten Chruschtschow-Brief zur Kenntnis zu nehmen. Bob Kennedy und Ted Sorensen entwarfen die Antwort. Ihr Vorschlag an Moskau: Rückzug der Sowjet-Raketen unter Unüberwachung, Abbruch der US-Blockade und Versprechen, keine Landung auf Kuba zu unternehmen.

Chruschtschows Antwort kam am Sonntagmorgen: Am 28. Oktober verkündete Radio Moskau die Bereitschaft der Sowjets, die Raketen auf Kuba abzubauen. Nach 13 Tagen war die Krise vorüber; doch John F. Kennedy, so berichtete sein Bruder, gab allen Beamten strikte Order, nie von einem Sieg über die Sowjet-Union zu sprechen.

JAPAN

KONZENTRATION

Gelbe Riesen

Die Zaibatsu haben Japan in den Krieg getrieben“, befand 1947 US-General Douglas MacArthur, „also müssen sie verschwinden.“ Durch Besatzungsdekret ordnete er die Entflechtung der japanischen Großunternehmen an, zerschlug das Geld-Establishment und blockierte mit einem Anti-Monopol-Gesetz jeglichen Zusammenschluß wirtschaftlicher Macht. Doch heute herrschen die Zaibatsu (zu deutsch: Finanz-Cliquen) wieder.

Um ihre Wettbewerbsposition auf den Weltmärkten zu festigen, schließen sich in Japan immer mehr Unternehmen zu Großkonzernen zusammen. Allein 1987 fusionierten 900 Betriebe zu Firmen von Weltmaßstab.

So gaben im vergangenen Frühjahr die beiden Stahlkonzerne Yawata Iron and Steel Company (5,5 Milliarden

Mark Jahresumsatz) und Fuji Iron & Steel Company (4,6 Milliarden Mark Umsatz) ihren Entschluß bekannt, ab April nächsten Jahres Hochöfen und Walzstraßen gemeinsam zu nutzen. Bis zu MacArthurs Entflechtungsaktion hatten die beiden Konzerne unter dem Namen Japan Iron & Steel Company firmiert. Durch ihre Wiedervereinigung entsteht ein Stahlkoloss mit 22,3 Millionen Tonnen Jahresproduktion, der nur noch von Amerikas US Steel Corporation mit 30,9 Millionen Tonnen Jahresproduktion übertroffen wird (Deutschlands August Thyssen-Hütte AG: 8,3 Millionen Tonnen).

Die Kraftfahrzeugabteilung von Mitsubishi Heavy Industries, Japans zweitgrößtem Unternehmen, und Japans führender Lastwagenhersteller, Isuzu-Motors, folgten dem Beispiel der Stahlkoche und kamen überein,

Zwar verbietet das noch aus der US-Besatzungszeit stammende Kartellgesetz Unternehmenszusammenschlüsse, die mehr als 30 Prozent des Marktes kontrollieren. Aber MacArthurs Monopolkommission, die das Kartellgesetz zu überwachen hat, ist nur noch ein Papiertiger. Auch bei der Konzentration der Papierfirmen scheiterte ihr Einspruch an dem mächtigeren Außenhandelsministerium. Im Interesse einer geballten Wirtschaftskraft mildert es seit Jahren die harten Anti-Monopol-Bestimmungen durch Ausnahmegenehmigungen.

In der Tat hat das Außenhandelsministerium damit wesentlich zum Wirtschaftswunder Japans beigetragen. Denn nur durch gemeinsame Nutzung von Forschung, Bezugs- und Absatzquellen, so argumentieren die Ministerialbeamten, sei



Japanischer Großbetrieb*: Die Zaibatsu herrschen wieder

Finanzierung, Produktion und Absatz ihrer Fahrzeuge in Zukunft gemeinschaftlich zu betreiben. Mitsubishi-Isuzu ist damit der drittgrößte Automobilkonzern Japans hinter Nissan und Toyota. Der Tabellenerste Nissan vergrößerte seinen Vorsprung sogar noch: Letzte Woche vereinbarte er eine enge Zusammenarbeit mit dem Kleinwagen-Hersteller Fuji Heavy Industries.

Die restlichen fünf Automobilfabrikanten des Landes wollen ebenfalls unter ein Dach kriechen und den vierten Autokonzern des Landes bilden. Zusammen, so planen Japans Autobauer, werden sie in diesem Jahr rund vier Millionen Kraftfahrzeuge produzieren — eine Million mehr als ihre westdeutschen Konkurrenten.

Erfolgreich wiedervereinigt haben sich auch die drei führenden japanischen Papierproduzenten Oji Paper Company, Jujo Paper Manufacturing Company und Honshu Paper Manufacturing Company. Das neue Unternehmen beherrscht rund 25 Prozent des japanischen Papiermarktes. Das Geschäft mit Zeitungspapier ist sogar zu 60 Prozent in seiner Hand.

der Aufstieg zur fünftgrößten Exportmacht der Welt möglich gewesen.

Spätestens in zwei Jahren, so haben Statistiker in Tokio errechnet, werden die Japaner Deutschlands Sozialprodukt (1987: 483 Milliarden Mark) übertroffen haben. Mit einer Wachstumsrate von jährlich neun Prozent steigt der Jahreswert der japanischen Güter und Dienstleistungen derzeit etwa doppelt so schnell wie der Westdeutschen.

Der Größe nach haben die Zaibatsu ihre westdeutschen Konkurrenten bereits überrundet: Nach der neuesten Erfolgsliste des US-Wirtschaftsmagazins „Fortune“ gehören zu den 200 größten nichtamerikanischen Industrieunternehmen der Welt 43 japanische Firmen — fünf mehr als vor einem Jahr (Bundesrepublik: 25 Firmen, eine mehr als im Vorjahr).

Auch innerhalb der Führungsgruppe schoben sich die Japaner nach vorn:

▷ Hitachi Ltd., Japans größter Industrieunternehmen, verbesserte seine

* Canon-Kamerawerke in Tokio.